

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Torsten Renz, Fraktion der CDU**

**Gesicherte Schulstandorte 2022/2023 – Grundschule Kalkhorst**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

### **Vorbemerkung**

In der Antwort zur Kleinen Anfrage auf Drucksache 8/722 wurde unter anderem mitgeteilt, dass für diejenigen Grundschulen, die die Schülermindestzahl 20 für die Eingangsklasse nicht erreicht haben, geprüft wurde, ob die Voraussetzungen gemäß § 45 Absatz 4 Nummer 1 Satz 2 und 3 des Schulgesetzes erfüllt beziehungsweise weiterhin erfüllt werden. Die weitere Bestandsfähigkeit der Grundschule ist dann gewährleistet. Die Genehmigung für eine jahrgangsübergreifende Klassenbildung wurde in einem solchen Fall bereits mit der Genehmigung des Schulentwicklungsplanes erteilt, einer weiteren gesonderten Ausnahmegenehmigung bedarf es nicht. Dies gilt auch für die Grundschule Kalkhorst.

Die Landesregierung hat weitere Maßnahmen ergriffen, um das Schulnetz bis 2030 langfristig abzusichern. Diese ermöglichen eine weitere Bestandsfähigkeit für die bestehenden Schulen, auch wenn sie die aktuell geltenden Schülermindestzahlen unterschreiten. In einem ersten Schritt wurde bereits im April 2022 die Schulentwicklungsplanungsverordnung geändert. Zudem wird entsprechend dem Landtagsbeschluss auf Drucksache 8/407 die für eine dauerhafte Umsetzung vorgesehene gesetzliche Änderung vorbereitet.

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 8/722 geht hervor, dass die Grundschule Kalkhorst die Anmeldezahl für die Bildung einer Eingangsklasse von 20 Schülerinnen und Schülern für das Schuljahr 2022/2023 unterschreitet und damit nach dem Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern als im Bestand gefährdet gilt. Die Grundschule Kalkhorst hat daraufhin auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung für das Schuljahr 2022/2023 erhalten.

Außerdem geht aus der Antwort der Landesregierung hervor, dass die Anmeldezahl für die Eingangsklasse der Grundschule Kalkhorst bereits im Schuljahr 2021/2022 nicht erreicht wurde und diese deshalb auch im Schuljahr 2021/2022 als im Bestand gefährdet galt. Schon für das Schuljahr 2021/2022 erhielt die Grundschule Kalkhorst von der damaligen Landesregierung eine Ausnahmegenehmigung.

1. Wie hoch sind die Anmeldezahlen in der Grundschule Kalkhorst für die Eingangsklasse 2022/2023?  
Wie hoch waren die Anmeldezahlen seit dem Schuljahr 2017/2018 bis zum Schuljahr 2021/2022 (bitte nach Schuljahr beziffern)?

| <b>Grundschule Kalkhorst</b>                |                    |
|---|--------------------|
| <b>Anmeldezahlen für die Eingangsklasse</b> |                    |
| <b>Schuljahr</b>                            | <b>Anmeldezahl</b> |
| 2022/2023                                   | 17                 |
| 2021/2022                                   | 12                 |
| 2020/2021                                   | 13                 |
| 2019/2020                                   | 13                 |
| 2018/2019                                   | 21                 |
| 2017/2018                                   | 15                 |

2. Hat die Grundschule Kalkhorst seit dem Schuljahr 2017/2018 bis zum Schuljahr 2020/2021 bereits einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung für die Einrichtung einer untermaßigen Eingangsklasse nach § 45 Absatz 5 Satz 5 und 6 Buchstabe a und b des Schulgesetzes gestellt und erhalten (bitte diese Entscheidungsfrage für jedes angefragte Schuljahr beantworten)?

Für die Grundschule Kalkhorst musste der Schulträger keinen Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung für die Einrichtung einer untermaßigen Eingangsklasse nach § 45 Absatz 5 Satz 5 und 6 Buchstabe a und b des Schulgesetzes stellen. Im genehmigten Schulentwicklungsplan des Landkreises Nordwestmecklenburg wurden unzumutbare Schulwegzeiten festgestellt und folglich können jahrgangsübergreifende Lerngruppen eingerichtet werden.

Für den Fall, dass die Voraussetzungen gemäß § 45 Absatz 4 Nummer 1 Satz 2 und 3 des Schulgesetzes künftig nicht mehr erfüllt werden, bleibt der Bestand der Schule entsprechend den getroffenen Maßnahmen in Umsetzung des Landtagsbeschlusses auf Drucksache 8/407 gesichert.